

Ausgabe 6.2019

Magazin der FPÖ Steiermark

WirtschaftsSteirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

Niemals wieder!

Das Asylchaos von 2015
darf sich nicht wiederholen!

Interview mit
Mario Kunasek

Lokalausweis in Bosnien offen-
bart drohende Migrationswelle

Schluss mit der
Bevormundung
heimischer Wirte!

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Vorwort

Liebe Freunde,

ein richtungsweisender Tag steht uns mit der Landtagswahl in der Steiermark unmittelbar bevor. Der Wahltag wird zeigen, ob in unserem Heimatbundesland die Stillstandskoalition á la Schwarz-Rot weitergeführt wird, uns ein brisantes politisches Experiment wie Türkis-Grün auf Bundesebene blüht oder endlich die Vernunft und der Arbeitswille für die heimische Bevölkerung im Rahmen einer freiheitlichen Regierungsbe- teiligung Einzug hält. Um Letzteres zu garantieren, braucht es eine klare Entscheidung an den Wahl- urnen. Unsere Grüne Mark hat es sich verdient, dass endlich Politik mit Hausverstand für die Steirer gemacht und die zum Erliegen gekommene derzeitige Landesre- gierung abgelöst wird. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die FPÖ am 24. November mit der nötigen Stärke ausgestat- tet wird und der Wählerwille auch für den politischen Mitbewerber klar erkennbar ist.

Eines kann ich euch verspre- chen: Wir sind mit unserem Spitzenkandi- daten Mario



Kunasek und dem gesamten Team für die Landtagswahl so gut aufge- stellt wie nie zuvor. Quer durch die Steiermark treten in den einzelnen Wahlkreisen auf allen Listenplät- zen Kandidaten an, die ich gerne neben mir auf den Bänken des Landtages sehen würde und von denen ich mir sicher bin, dass sie das Herz am rechten Fleck und das Ohr stets beim Bürger haben.

Ich bitte euch, kämpft gemeinsam mit Mario Kunasek und dem Rest der freiheitlichen Bewegung die kommenden Tage noch dafür, dass nach dem Wahltag kein Weg an uns vorbeiführt.

Lasst euch in den letzten Tagen vor der Wahl nicht von fragwürdigen medialen Anwürfen entmutigen – dieses Verhalten ist uns Freiheitlichen ja seit zig Jahren bestens be- kannt. Sorgen wir gemein- sam am 24. November dafür, dass endlich wieder ein Freiheitlicher in der Grazer Burg platzneh- men kann!

**Euer
gf. Klubobmann
Mag. Stefan Her-
mann, MBL**



„Österreich muss reagieren und in einem ersten Schritt die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Türken aussetzen.“

(Angesichts des Einmarsches türkischer Regierungstruppen in Nordsyrien fordert BPO Norbert Hofer den Stopp der Einbürgerung von Türken.)

Bedrückender Lokalaugen gewaltigen Migrationsdru



Während andere Politiker die Bevölkerung in trügerischer Sicherheit wiegen, besuchte FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek die bosnische Stadt Bihać und das Asyllager in Vučjak. In Gesprächen mit dem Bürgermeister und Polizeioffizieren zeigte sich die Notwendigkeit, in Österreich umgehend sämtli- che Maßnahmen zum Schutz der Grenzen zu treffen!

Aufgrund widersprüchlicher Berich- te in den sozialen Medien über Migrationsbewegungen reiste der steirische FPÖ-Chef Mario Kunasek am 22. und 23. Oktober in die im Nordwesten Bosniens gelegene 60.000-Einwohner- Stadt Bihać, die sich in unmittelbarer Nähe zur kroatischen Grenze befindet. Die dortige Lage bestätigte jedenfalls die schlimmsten Befürchtungen. Im Zuge von Gesprächen mit Bürgermeister Šuhret Fazlić und Poli- zeikräften wurde das Ausmaß der Entwicklungen eindrucksvoll dargelegt. So strömten laut den Angaben der Stadtvertreter seit Jänner 2018 rund 30.000 Migranten alleine durch Bihać, aktuell befinden sich dort rund 5.000 Personen, die sich hauptsächlich aus Pakistanern und Afghanen zusammensetzen sollen. Fast alle sind unverheiratete, junge Männer.



Tag für Tag sollen sich aus dem aus Medienberichten bekannten Asyllager Vučjak rund 300 bis 400 Migranten Richtung kroa- tischer Grenze aufmachen, eine ähnliche Zahl soll wiederum täglich eintreffen. Die zuständigen Stellen bestätigten einen anhaltenden Strom an Zuwanderungswilligen, die allesamt über

Inhalt

Interview mit FPÖ-Landesparteiobmann und Klubobmann Mario Kunasek	Seite 4-5
Das rote Netzwerk	6-7
„Das Ziel des IS ist die Weltherrschaft“	8-9
Volle Kraft für die Steiermark!	
Die Kandidaten der Steirischen Freiheitlichen für die Landtagswahl stellen sich vor!	10-11
Politischer Weckruf: Wer Schützenhöfer wählt, bekommt Drexler...	12
Justizministerium peilt Schließung von Bezirksgerichten an!	13
Mit jedem „Wirt“ verschwindet ein Stück Kultur	14-15
Landesrechnungshof wird das 100 Millionen Euro teure Kunsthaus unter die Lupe nehmen	16
Steirische Asylanten- und SPÖ-Vertuschungslandesrätin Doris Kampus s chützt Gewalttäter in Asylheimen!	17
FPÖ Steiermark und FPÖ Kärnten starteten Petition gegen AKW Krško!	18
Freiheitliche Jugend im Wahlkampf aktiv!	19



TOP: Mit dem neuen Erhebungsdienst in der Stadt Graz setzte Bürgermeister-Stv. Mario Eustacchio eine wichtige Maßnahme gegen Sozialmissbrauch. Die Zahlen geben ihm Recht.



FLOP: SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus verweigert die Reform des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes, wodurch sie nicht nur Arbeitsverweigerung betreibt, sondern auch einen Verfassungsbruch begeht.

Lokalausweis in Bihać offenbart Lücke am Westbalkan!



die kroatische Grenze Richtung EU drängen. Festzuhalten ist, dass der Stadtrat von Bihać die Einrichtung des Asyllagers in Vučjak beschloss, nachdem in der Stadt immer mehr gesellschaftliche Spannungen entstanden waren und sich die lokale Bevölkerung zunehmend über die Sicherheitslage beklagt hatte. So sollen die Migranten teils auf Friedhöfen und in Parks selbstständig illegale Zeltlager errichtet haben. Selbst nach der Überführung der Personen



Mario Kunasek verschafft sich in Bosnien einen Überblick über die verheerende Lage.

nach Vučjak konnte man beim Lokalausweis zahlreiche große Gruppen von vermeintlichen Flüchtlingen, allesamt Männer, in den Straßen und Grünanlagen der Stadt ausmachen. Der Bürgermeister betonte zudem die enorme Belastung seines Haushaltsbudgets, eine Parallele zur Steiermark, wo das Asylwesen in den letzten Jahren rund 300 Millionen Euro verschlang.

Angesichts der erschreckenden Entwicklungen müssen nun die richtigen Entscheidungen für Österreich getroffen werden. Darunter sind nicht nur das Hochfahren und die Verstärkung sämtlicher Grenzschutzmaßnahmen zu verstehen, sondern auch das klare Bekenntnis, dass Österreich kein Einwanderungsland ist. Im Sinne der australischen No-Way-Politik sind daher keinerlei Anreize für vermeintliche Flüchtlinge zu setzen.

Ein Zuwarten der aktuellen Bundesregierung, bis die Grünen gemeinsam mit einer nach links gerückten ÖVP das Ruder in der Migrationspolitik übernehmen und damit die aktuelle Lage noch einmal verschärfen, wäre fatal. Die Steiermark darf nicht wie 2015 das Opfer einer Asylkrise werden, als Fremde aus aller Herren Länder unsere Grenzen einfach überrannten.



Drei Fragen an **Herbert Kickl** (Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs)



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Halten Sie angesichts der zunehmenden Migrationsströme ein neuerliches Asylchaos für möglich?

treten unmittelbar an der Staatsgrenze zu verhindern.

Kickl: Der Migrationsdruck am Balkan steigt. Der türkische Präsident Erdoğan droht unverhohlen damit, zigtausende Migranten nach Europa zu schicken – und die EU-Granden schicken weiterhin Milliarden Euro nach Ankara. Wenn wir nicht bereit sind, klare Signale und echte Abwehrmaßnahmen zu setzen, landen wir bald wieder bei einer Situation wie in den Jahren 2015 und 2016. „No Way!“ – das ist das einzig richtige Signal an Illegale und Schlepper. Aber kaum war das Innenministerium – mit angeblich „unabhängigen“ Ministern – wieder fest in schwarzer Hand, hat man damit begonnen, die restriktive Asylpolitik Stück für Stück zu demontieren. Ergebnis: Österreich wird wieder zu einer der ersten Adressen für illegale Einwanderer.

Wir Steirer: Welche Abwehrmaßnahmen müsste man setzen?

Kickl: Ich rede von einer echten Abwehr illegaler Migranten direkt an der Grenze. Dass unsere Planungen im Innenministerium – inklusive eines Zauns an Druckpunkten – offenbar von der Übergangsregierung eingestampft wurden, statt sie intensiv voranzutreiben, ist verantwortungslos. Es ist nämlich keine Option, Migranten hereinzubitten, zu registrieren und damit auf Kosten der Österreicher wieder tausende Asylverfahren in Gang zu setzen. Eine echte Abwehr beinhaltet auch die Bereitschaft, Zwangsmaßnahmen zu setzen, um das illegale Be-

Wir Steirer: EU-Zwangsverteilung von Migranten, die Rücknahme von IS-Kämpfern und die Abkehr von einer konsequenten Asylpolitik: Den Österreichern stehen harte Zeiten bevor, richtig?

Kickl: Die Entwicklungen sind besorgniserregend. Die EU setzt auf Solidarität mit Schleppern und illegalen Migranten statt auf Solidarität mit der eigenen Bevölkerung. Die ÖVP treibt ein unehrliches Doppelspiel: In Europa unterstützt sie Frau von der Leyen und damit den Merkel-Irrsinn der Migranten-Zwangsverteilung. In Österreich tut sie so, als ob sie dagegen wäre. Der Kampf gegen illegale Migration, Asylmissbrauch, Schlepperei und die unkontrollierte Einwanderung in unser Sozialsystem kann nur erfolgreich geführt werden, wenn wir das System komplett umstellen: Hilfe vor Ort, dafür darf niemand mehr, der über ein sicheres Transitland kommt, in Österreich oder in der EU Asyl verlangen. Asylanträge darf es nur mehr von Personen geben, die aus EU-Nachbarländern stammen. Das ist die einzige Chance, die sündteuren Abschiebungen und Rückführungen sowie das Milliarden-geschäft der Schlepper zu unterbinden. IS-Terroristen aus Österreich muss sofort die Staatsbürgerschaft entzogen werden. Keinesfalls dürfen wir diese tickenden Zeitbomben zurückholen.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!



„Wir brauchen eine Landesregierung,

Der freiheitliche Spitzenkandidat Mario Kunasek lebt mit seiner Familie in Graz und hat nach seiner Lehre zum Kfz-Techniker eine Laufbahn beim Bundesheer bis zum Stabswachtmeister - derzeit karenziert - eingeschlagen.

Er übernahm 2015 von Gerhard Kurzmann die Obmann-Funktion bei den steirischen Freiheitlichen und fuhr 2015 bei seiner ersten Landtagswahl mit 26,76 Prozent und einem Plus von 16,10 Prozentpunkten ein fulminantes Ergebnis ein.

Nach der Nationalratswahl 2017 wurde der frühere Nationalratsabgeordnete als Verteidigungsminister in die türkisblaue Bundesregierung berufen. Er folgte dem Ruf, blieb der Steiermark aber immer verbunden, weshalb sein zweites Antreten bei der Landtagswahl nie zur Debatte stand.

Im Interview mit dem Magazin „Wir Steirer“ geht er auf die aktuellen politischen Herausforderungen für die Steiermark ein und legt seine inhaltlichen Schwerpunkte dar.



Wir Steirer: Die FPÖ warnt derzeit vor einer neuerlichen Asylkrise. Wie realistisch schätzen Sie ein solches Szenario ein?

Kunasek: Ich war vor einigen Wochen in der Stadt Bihać, die direkt an der bosnisch-kroatischen Grenze liegt und habe mir ein Bild von den derzeitigen Migrationsbewegungen gemacht. Im Rahmen einer Besichtigung des Asylagers in Vučjak wurde uns dann die Dimension der derzeitigen Entwicklungen eindrucksvoll vor Augen geführt. Laut den dortigen Behörden machen sich täglich rund 300 bis 400 Migranten Richtung kroatischer Grenze auf, eine ähnliche Zahl soll wiederum pro Tag eintreffen. Größtenteils handelt es sich bei den dort befindlichen Personen um Männer aus Pakistan und Afghanistan. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich gehe davon aus, dass –

sofern der Außengrenzschutz weiterhin nicht funktioniert – bald wieder tausende Menschen massiv in die EU drängen werden. Aus freiheitlicher Sicht muss deshalb die Grenzsicherung auf nationaler Ebene hochgefahren werden.

Wir Steirer: Gerade linksorientierte Parteien argumentieren gerne, dass unser Sozialsystem ohne Zuwanderung langfristig nicht finanzierbar wäre...

Kunasek: Die offiziellen Zahlen des AMS und die Mindestsicherungsstatistik zeichnen ein völlig anderes Bild. Zahlen aus dem Jahr 2019 belegen, dass es steiermarkweit rund 16.728 Mindestsicherungsbezieher gibt. Davon waren 8.642 Personen (51,66%) Österreicher, der Rest, also 8.086 Personen, Ausländer (48,34%). Besonders gravierend wird es, wenn man sich

Clubobmann Mario Kunasek

die auf der Seite der Steirer steht!“



die davon umfassten vollunterstützten Bezieher ansieht. Dies sind Personen, die keinerlei weitere Einnahmequellen haben und somit pro Monat satte 885 Euro erhalten. Im Februar 2019 waren dies 4.388 Personen. Davon waren 1.650 Personen Österreicher, der Rest, also 2.738 Personen, Ausländer. Das AMS hat uns darüber hinaus im Rahmen einer Anfragebeantwortung informiert, dass 76 Prozent der arbeitslosen Asylanten in der Grünen Mark über keinen bzw. nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen.

Wir Steirer: In welchen Bereichen sehen Sie die größten Migrationsprobleme?

Kunasek: Die Kriminalitätsstatistik und die vielen ausländischen Häftlinge in unseren Gefängnissen zeigen, dass die schwarz-rote Willkommenspolitik auch die Sicherheitslage im Land

massiv verschlechtert hat. Diese unbestreitbare Tatsache haben uns auch die jüngst stattgefundenen Jihadisten-Prozesse vor Augen geführt. Es sind Menschen ins Land geströmt, die unsere Gesellschaft und unsere Werte ablehnen und teils sogar mit Gewalt dagegen vorgehen wollen. Auch die kulturellen Spannungen vor allem mit muslimischen Migranten und die Probleme in unseren Schulen sind Folgen einer völlig verfehlten Zuwanderungspolitik.

Wir Steirer: Das umstrittenste Projekt der derzeitigen Landesregierung ist zweifelsohne das Zentralspital in Liezen. Warum sieht die FPÖ dieses Vorhaben derart kritisch?

Kunasek: Im Rahmen der von der FPÖ initiierten Volksbefragung im Bezirk Liezen sprachen sich am 7. April dieses Jahres bekanntlich rund zwei Drittel der Teilnehmer für den Erhalt der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming aus. Diesem Ergebnis muss politisch Rechnung getragen werden. Zudem würde eine Schließung der bestehenden Standorte eine schlechtere regionale Versorgung und den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten. Darüber hinaus soll das Zentralspital auf einem höchst umstrittenen Grundstück gebaut werden und die Kosten könnten bis zu 500 Millionen Euro ausmachen.

Wir Steirer: Also würden Sie als Regierungspartner keine weiteren Spitalschließungen vorantreiben?

Kunasek: Die Ausdünnung des ländlichen Raums muss sofort gestoppt werden. Das Prestigeprojekt Zentralklinik Liezen ist gescheitert. Es braucht sinnvolle Reformen der bestehenden Standorte, aber keine Schließungsorgien. Wir Freiheitliche bekennen uns klar zu einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung für alle Steirer und werden den um sich greifenden Zentralisierungsbestrebungen in allen Bereichen keinerlei Vorschub leisten.

Wir Steirer: Welche sonstigen Maßnahmen würden Sie setzen, um eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raums zu verhindern?

Kunasek: Neben der Erhaltung bestehender Einrichtungen könnten wir uns die Auslagerung von Dienststellen des Landes in die Regionen gut vorstellen. Auch weitere Fachhochschulstandorte in den Regionen sind zweifelsohne eine Möglichkeit der Abwanderung entgegenzuwirken. Darüber hinaus muss geprüft werden, ob die Wirtschaftsförderung des Landes nicht besser gestaltet werden könnte. Nicht zuletzt gilt es, die Verkehrsverbindungen bestens auszubauen, um die schnelle Anbindung für peripher gelegene Regionen zu gewährleisten.

Wir Steirer: Der Schuldenberg des Landes Steiermark ist in den letzten zehn Jahren explodiert. Wie wollen Sie gegensteuern?

Kunasek: Zuerst ist ein Kassasturz zu Beginn der neuen Legislaturperiode nötig. Einsparungspotentiale gibt es sicherlich im Bereich der undurchsichtigen Sozialhilfeverbände, der teils dubiosen Förderungen und im steirischen Asylwesen. Vor allem eine großangelegte Reform des Sozialwesens im Sinne der Steirer würde sicherlich mittel- und langfristig zu einer Budgetentlastung führen.

Wir Steirer: Was würden Sie an Ihrem ersten Tag als Landeshauptmann der Steiermark in Angriff nehmen?

Kunasek: Ich würde den Innenminister auffordern, die Grenzen mit allen dafür notwendigen Maßnahmen zu sichern. Zudem würde ich sofort eine Kommission zur Reform der Sozialhilfeverbände einsetzen und einen Kassasturz veranlassen, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu gewährleisten.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Das rote Netzwerk

Die Leykam Medien AG – einst stolzes Medienunternehmen – steht unter der sprichwörtlichen Fuchtel der SPÖ Steiermark. Der Vorstand, Aufsichtsrat und sämtliche Akteure der Muttergesellschaft „Spectro“ sind prominente Vertreter der steirischen Sozialisten.

Der parteiinterne Streit um die Zukunft der österreichischen Sozialdemokratie brachte nun die Gesellschaftsstrukturen, geheimnisvolle Verträge und die künftigen Tätigkeitsfelder der roten Gesellschaft ans Tageslicht. Ein prominenter steirischer Vertreter der SPÖ, der von Pamela Rendi-

Wagner geschasste Bundesgeschäftsführer Max Lercher, nimmt dabei eine maßgebende Rolle ein. Lercher sorgte dafür, dass aus fragwürdigen Beteiligungen seiner Landespartei an Gesellschaften ein handfester Streit zwischen der SPÖ-Bundes- und Landespartei Steiermark entbrannt ist.

LEYKAM MEDIEN AG	
Vorstand:	
Maximilian Lercher	SPÖ-Nationalratsabgeordneter
Aufsichtsrat:	
Dr. Wolfgang Messer	Aufsichtsratsvorsitzender, Grazer SPÖ-Stadtrat 1993-1998
Mag. Doris Klammer	ehem. Grazer SPÖ-Stadtparteigeschäftsführerin
Günther Pirker	SPÖ-Landesgeschäftsführer
Dr. Sonja Kern	Vorstand der SPÖ-nahen BSA-Steiermark

Quelle: Republik Österreich Firmenbuch, Auszug FN 59529 v vom 21. Oktober 2019.

Spectro gemeinnützige Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung GmbH:	
Geschäftsführer:	
Mag. Doris Klammer	ehem. Grazer SPÖ-Stadtparteigeschäftsführerin
Gesellschafter:	
SPÖ Steiermark	Alleingesellschafterin
Aufsichtsrat:	
Dr. Heinz Hofer	ehem. ESTAG-Aufsichtsratsvorsitzender, SPÖ-Landesparteiassistent, Aufsichtsratsvorsitzender der Leykam AG
Mag. Michael Schickhofer	SPÖ-Landesparteiassistent
Johannes Schwarz	SPÖ-Klubobmann
Anton Lang	SPÖ-Landesrat

Quelle: Republik Österreich Firmenbuch, Auszug FN 335783 z vom 21. Oktober 2019.



Die Leykam Medien AG war bis zur Abberufung Lerchers nur noch eine leere Firmenhülle – im Geschäftsbericht des Jahres 2017 spricht der erstellende Wirtschaftsprüfer davon, dass „die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 nur eine äußerst eingeschränkte Geschäftstätigkeit ausgeübt hat“. Nach der Absetzung Lerchers durch SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner sollte die Leykam Medien AG einen neuen Glanz mit einem jungen Alleinvorstand Max Lercher bekommen. Schließlich legte Lercher sein Landtagsmandat bei Übernahme des SPÖ-Chefstrategenpostens zurück und stand nach seiner Abberufung ohne Mandat und Einkommen da. Das wollte man sich in der steirischen Parteizentrale nicht bieten lassen und installierte Lercher als neuen Unternehmensvorstand. Als „Trostpflaster“ für seine

Demontage erhielt die Leykam Medien AG einen mit jährlich 240.000 Euro dotierten Leistungsvertrag von der Bundes-SPÖ. Lercher, der nach eigenen Angaben „lediglich“ einen Monatsbezug von 6.000 Euro bezog, nahm zudem seine vier Mitarbeiter aus der Löwelstraße mit ins heimatische Graz, den Firmensitz der Leykam Medien AG. All dies dürfte aber in einem sehr engen Kreis ausgeschnapst worden sein – nicht anders ist es zu erklären, dass der rote Bundesparteivorstand Mitte Oktober volle (interne) Transparenz über die Vorgänge des Versorgungsvertrages für Lercher forderte. Der Rest der Geschichte ist mittlerweile bekannt: Vermutlich die SPÖ selbst bezichtigte Max Lercher ein monatliches Gehalt von 20.000 Euro aus besagtem Versorgungsdeal zu erhalten, dieser demen-tierte und klagte Medien auf Unterlassung, Feindschaft, Genossen!

Der steirische SPÖ-Vorsitzende Michael Schickhofer ging daraufhin auf Distanz zur Bundes-SPÖ und zog sich aus sämtlichen Bundesgremien zurück. Am liebsten wollte er mit seiner SPÖ gar nichts mehr zu tun haben. Dieser Schritt ist radikal, aber verständlich, schließlich möchte er alles daransetzen, kurz vor der steirischen Landtagswahl nicht in den Abwärtsstrudel der Bundes-SPÖ zu geraten. Der rote Landeshauptmann-Stellvertreter nahm damit aber bewusst in Kauf,

den Konflikt auf offener Bühne auszutragen. Es handelt sich dabei um eine beispiellose Selbstzerfleischung der Sozialdemokraten, die derart mit sich selbst beschäftigt sind, dass an inhaltliche Arbeit für das Land kaum noch zu denken ist. Zudem ist das Beteiligungs- und Vertragskonzept zwischen SPÖ und ihrer eigenen Gesellschaft offenbar derart nebulös, dass nicht einmal der eigene Bundesvorstand Klarheit über die genauen Inhalte hat. Insofern verwundert es wenig, dass mit Halbwahrheiten gearbeitet wird.

Dennoch weigert sich die Bundes-SPÖ den Vertrag öffentlich zu machen und die Wahrheit ans Licht zu bringen. Dafür muss und wird es auch einen Grund geben und es drängt sich die Frage auf, was die Sozialisten zu verbergen haben. Bleibt noch die Frage, was Max Lercher und die Leykam Medien AG eigentlich wirklich machen: Mittlerweile wurde bekannt, dass das Unternehmen an Algorithmen arbeitet, die potentielle Wähler genauestens analysieren sollen, um diesen ein maßgeschneidertes politisches Angebot machen zu können. Die SPÖ braucht also tatsächlich Computerprogramme, die ihnen sagen, welche Ängste und Sorgen die Menschen in der Steiermark und in Österreich haben. Goldgräberstimmung im Datenmeer der Persönlichkeitsrechte soll also das Heilmittel zur Rettung der SPÖ sein.

Das persönliche Gespräch ist offensichtlich in der SPÖ nicht nur zwischen den Genossen verloren gegangen.

„Das Ziel des IS ist die Weltherrschaft“



Jihadisten-Prozess in Graz verdeutlichte das massive Gefahrenpotenzial des radikalen Islam

Nicht zuletzt die Festnahme von zehn Mitgliedern einer IS-Terrorzelle in der steirischen Landeshauptstadt und der darauffolgende sogenannte Jihadisten-Prozess offenbarten das enorme Gefahrenpotenzial, das vom radikalen Islam ausgeht.

Im September dieses Jahres begann der Prozess gegen sechs vermeintliche Jihadisten am Grazer Straflandesgericht. Die gebürtigen Türken und Anhänger der Terrororganisation Islamischer Staat mussten sich wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung und kriminellen Organisation verantworten. Die Angeklagten sollen in einem radikalen Grazer Glaubensverein tätig

gewesen sein, junge Männer radikalisiert und als Kämpfer für den IS angeworben haben. Der Hauptangeklagte soll zudem jahrelang als muslimischer Religionslehrer in Wiener Schulen tätig gewesen sein. Dass er Schülern nicht nur seine Religion, sondern auch sein fragwürdiges Weltbild vermittelt und diese mit radikalen Theorien indoktriniert hat, steht angesichts der Anklage außer

Zweifel. Sämtliche Anschuldigungen wurden von den angeklagten Islamisten jedoch bestritten und als Lügen bezeichnet.

Terrorismusfinanzierung, Kopfab schneiden und Weltherrschaft

Im Zuge des Prozesses offenbarte sich das gewaltverherrlichende und menschenver-

Ausschnitte und Zitate aus dem Prozess

Später kam es zur Frage, wann das Abschneiden des Kopfes erlaubt sei. „Im Krieg“, meinte der Erstangeklagte. „Bei uns ist das nicht so, auch nicht im Krieg“, widersprach die Richterin. „Oder wenn ein Gericht das verfügt hat“, machte der Beschuldigte seine Sicht der Dinge deutlich.

(Quelle: Austria Presse Agentur, 2. Oktober 2019)

„Er hat mir geschrieben, ich soll es bei ebay kaufen. Ich habe nie überlegt, was er damit macht.“ „Was haben Sie geglaubt, was er mit einem Zielfernrohr für ein Scharfschützengewehr macht?“, fragte die Richterin. „Ich habe gedacht, er wird es verkaufen“, lautete die Antwort.

(Quelle: Austria Presse Agentur, 11. September 2019)

Der Frage, was der Satz „Ich werde dich nur lieben, wenn du die Erde voller Blut liebst“ eines heruntergeladenen Schriftstückes bedeute, wich der angeklagte Prediger aus. „Damit unterrichtet man kleine Kinder. Ich möchte wissen, was los wäre, wenn ein katholischer oder protestantischer



Interview mit Hannes Amesbauer, BA

(FPÖ-Nationalratsabgeordneter)

achtende Weltbild der radikalen Moslems. An einem der zehn Verhandlungstage ging es etwa um die Frage, wann Enthauptungen Andersdenkender in Ordnung gehen. So seien laut einem der angeklagten Jihadisten derartige Gewaltverbrechen im Krieg durchaus vertretbar. Auf Nachfrage der Richterin ergänzte der Beschuldigte, dass auch bei einem entsprechenden Gerichtsurteil das Kopfabstreifen zulässig sei. Weite Teile des Jihadisten-Prozesses drehten sich darüber hinaus um radikal-islamische Ideologien, die Feinde des Islam und Terrorismusfinanzierung.

So hatte einer der Angeklagten seinem Bruder 200 Euro sowie ein Zielfernrohr für eine Kalaschnikow nach Syrien geschickt, angeblich ohne zu wissen, wofür dieser es verwenden wolle. Auch sogenannte Freitagsgebete eines angeklagten Imam wurden im Zuge des Gerichtsprozesses analysiert. Ausagen wie „Alle bekriegen, die sich gegen einen stellen“, „Der Jihad muss unbedingt durchgesetzt werden“ oder „Jeder, der die Verbreitung des Islam verhindere, müsse beseitigt werden“ offenbarten die widerwärtige und abscheuliche Ideologie des Jihad. Ein Experte für islamistischen Terrorismus fand klare Worte für die Terrororganisation Islamischer Staat: „Das Ziel des IS ist die Weltherrschaft“.

Radikal-Islam mit allen Mitteln bekämpfen

Die heimische Politik ist in der Verantwortung, den Islamismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Die FPÖ fordert bereits seit Jahren konkrete strafgesetzliche Bestimmungen gegen den politischen und radikalen Islam. Auf Bundesebene soll schnellstmöglich ein Verbotsgesetz gegen den Radikalislam ausgearbeitet werden, um gegen extremistische Moscheevereine und Islamisten schneller vorgehen zu können. Den bedrohlichen Auswüchsen des radikalen Islamismus und Jihadismus in der Steiermark muss auf allen politischen Ebenen mit voller Härte entgegengewirkt werden.

Religionslehrer so einen kriminellen Topfen verbreiten würde“, konterte der Ankläger.

(Quelle: Austria Presse Agentur, 11. September 2019)

Prediger: „Die Feinde sind die Ungläubigen, die uns hassen und uns hinaus-schmeißen wollen.“

(Quelle: Austria Presse Agentur, 2. Oktober 2019)

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter! Die FPÖ warnt bekanntlich seit Jahren vor der Verdrängung heimischer Werte infolge der massiven Zuwanderung. Wie beurteilen Sie die aktuelle Entwicklung im Hinblick auf den Islam in Österreich?

Amesbauer: Die Auswirkungen der verfehlten Migrationspolitik von SPÖ und ÖVP in den vergangenen Jahren werden immer deutlicher. Aufgrund der unkontrollierten Zuwanderung, wie sie sowohl die damalige rot-schwarze Bundesregierung als auch Schützenhöfer und Schickhofer im Jahr 2015 zuließen, ist in der Steiermark eine schrittweise Unterwanderung unseres Wertesystems zu verzeichnen. Selbst in heimischen Bildungseinrichtungen ist der religiöse Wandel und die Überhandnahme des Islams nicht mehr zu übersehen. Der Jihadisten-Prozess in Graz offenbarte zuletzt einmal mehr die massive Gefahr, die vom radikalen Islam ausgeht.

Wir Steirer: Stellt der Radikalislam wirklich eine Gefahr für die Steiermark und ihre Bevölkerung dar?

Amesbauer: Erschreckenderweise ja! Vor allem in der steirischen Landeshauptstadt zeichnet sich ein immer düsteres Bild. In Graz soll sich die höchste Konzentration radikalislamischer Imame befinden, die systematisch – angefangen bei Kindern im Islamunterricht – fundamentalistisches Gedankengut verbreiten. Sogenannte „Jihad-Rückkehrer“ versuchen insbesondere junge Männer zu radikalisieren und als Kämpfer für den IS anzuwerben. Und das alles geschieht vor unserer

Haustür! Der Jihadisten-Prozess in Graz verdeutlichte das radikale und gewaltverherrlichende Weltbild der Islamistszene. Noch erschreckender ist die Tatsache, dass sich nach Angaben des Innenministeriums derzeit 47 (!) Personen in der Steiermark aufhalten, die einen verfassunggefährdenden Angriff vornehmen könnten. Dass islamische Extremisten die heimische Bevölkerung gefährden, darf nicht länger ignoriert werden!

Wir Steirer: Was sind die Lösungsansätze der Freiheitlichen Partei, um Extremismus und Terrorismus in Österreich zu verhindern?

Amesbauer: Es steht außer Frage, dass es – insbesondere im Hinblick auf die drohende Flüchtlingswelle – wieder einer restriktiveren Zuwanderungspolitik bedarf. Die FPÖ fordert daher klare strafgesetzliche Regelungen sowie ein Verbotsgesetz gegen den politischen und radikalen Islam, um Extremisten in die Schranken zu weisen. Der voranschreitenden Islamisierung in unserer Heimat muss mit allen Mitteln entgegengewirkt werden. Die Sicherheit der heimischen Bevölkerung muss oberste Priorität haben – dafür steht die FPÖ!

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

„Der voranschreitenden Islamisierung in unserer Heimat muss mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.“



Volle Kraft für die Die Kandidaten der steirischen Freiheitlichen



Mario Kunasek
Spitzenkandidat

Der Spitzenkandidat der steirischen Freiheitlichen für die kommende Landtagswahl ist Mario Kunasek. Er ist Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark und war ab 2008 Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat, bevor er 2015 Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs wurde. Von Dezember 2017 bis Mai 2019 übte er das Amt des Bundesministers für Landesverteidigung aus und kehrte anschließend als FPÖ-Klubobmann in den Landtag Steiermark zurück.



Mag. Stefan Hermann, MBL

**Regionaler Spitzenkandidat
Wahlkreis Graz und Graz-Umgebung**

Der geschäftsführende Klubobmann fungiert als Sprecher für Sicherheit, Gemeinden, Regionen & ländlicher Raum, Verfassung, Arbeit, Lehrlinge und Konsumentenschutz im Freiheitlichen Landtagsklub. Außerdem ist er Landesparteisekretär der FPÖ Steiermark, Bezirksparteiobmann der FPÖ Graz-Umgebung und Vizebürgermeister in seiner Heimatgemeinde Feldkirchen bei Graz.



Ewald Schalk

**Regionaler Spitzenkandidat
Wahlkreis Oststeiermark**

Der Landwirt aus Bad Waltersdorf ist 2. Vizebürgermeister der Marktgemeinde, Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Hartberg-Füstenfeld und Bezirkskammerat in der Landwirtschaftskammer Steiermark.



DI Gerald Deutschmann

Der Architekt aus Seiersberg-Pirka ist seit 2010 Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Sprecher für Finanzen, Raumordnung, Wirtschaft und Wohnbau. Außerdem fungiert er als Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Graz-Umgebung.



Peter Samt

Der selbstständige Planungstechniker war ab 2010 Landtagsabgeordneter, bis er 2015 in den Bundesrat wechselte. Er ist Vizebürgermeister in seiner Heimatgemeinde Gössendorf und Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Graz-Umgebung.

Steiermark!

für die Landtagswahl stellen sich vor!



**Gerhard
Hirschmann**

**Regionaler Spitzenkandidat
Wahlkreis Weststeiermark**

Der ehemalige parlamentarische Mitarbeiter von Nationalratsabgeordneten Sepp Riemer ist Bezirksparteiobmann der FPÖ Leibnitz und Gemeinderat in der Marktgemeinde Heiligenkreuz am Waasen.



**Marco Triller,
BA MSc**

**Regionaler Spitzenkandidat
Wahlkreis Obersteiermark**

Der Berufsoffizier aus Niklasdorf ist seit 2015 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag und fungiert dort als Obmann des Ausschusses für Kontrolle, als freiheitlicher Wehrsprecher und auch als Sprecher für Soziales, Suchtfragen & Drogen sowie Einsatzorganisationen. Er ist Bezirksparteiobmann der FPÖ Leoben und Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde.



**Arnd
Meißl**

Der Beamte war ab 2015 Mitglied des Bundesrates, bevor er 2017 Landtagsabgeordneter wurde. Er ist Gesundheitssprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs, Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Bruck-Mürzzuschlag und Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Mürzzuschlag.



**Liane
Moitzi**

Liane Moitzi ist seit 2015 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag und Bezirksparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ Murtal. Sie stammt aus St. Marein-Feistritz und ist Sprecherin für Frauen, Jugend und Tierschutz.



**DI Hedwig
Staller**

Die studierte Umwelttechnikerin und zweifache Mutter aus Graz ist seit 2015 Abgeordnete zum Landtag Steiermark und ist dort als Sprecherin für Bildung, Familie, Umwelt und Wissenschaft tätig.



**Andrea-Michaela
Schartel**

Die Personalverrechnerin aus Graz war ab 2014 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag, bevor sie im Jänner 2018 in den Nationalrat wechselte. Sie ist Landesobfrau der „initiative Freiheitliche Frauen“ (IFF) Steiermark.



**Helga
Kügerl**

Helga Kügerl ist seit 2015 Landtagsabgeordnete und betreibt eine Frühstückspension. Sie fungiert als Sprecherin für Senioren sowie Pflege und ist Bezirksparteiobfrau der FPÖ Deutschlandsberg und Gemeinderätin in ihrer Heimatgemeinde Schwanberg.



POLITISCHER WECKRUF

Wer Schützenhöfer wählt, bekommt Drexler... ...und damit Spitalsschließungen und grüne Willkommenskultur!

Hermann Schützenhöfer wird in drei Monaten 68 Jahre jung – seit über fünf Jahren könnte er seine wohldotierte Korridorpension, seit 2016 sogar die volle Alterspension genießen. Dass der gelernte Einzelhandelskaufmann, der in jungen Jahren als Lokal-Journalist bei der „Kleinen Zeitung“ tätig war, tatsächlich die nächsten fünf Jahre den Fulltime-Job des Landeshauptmannes ausüben wird, ist äußerst unwahrscheinlich. Vielmehr gilt es parteiintern bereits als paktiert, dass ihm sein politischer Ziehsohn, Landesrat Christopher Drexler, nachfolgen wird. Die Stationen der beiden Politiker gleichen sich frappant: Junge Volkspartei, ÖAAB-Landessekretär, ÖAAB-Landesobmann, ÖVP-Klubobmann, Landesrat und in Bälde wohl auch Landeshauptmann. Der umstrittene Gesundheitslandesrat gilt als der wichtigste Berater und Mitstreiter von Schützenhöfer. Die Voraussetzungen, dass er seinen politischen Kronprinzen parteiintern durchbringt, sind sehr günstig.

Denn nach einem 14-jährigen roten Intermezzo wird er die „heilige Ordnung“ der ÖVP Steiermark wieder herstellen und die Volkspartei mit einem gewaltigen Abstand zum Zweitplatzierten auf Platz eins führen. Am Höhepunkt seiner Macht angekommen, ist Schützenhöfers Wort in der Partei Gesetz – niemand wird seine Personalentscheidung infrage stellen. Mit der Inthronisierung Drexlers sichert Schützenhöfer auch die jahrzehntelange Vormachtstellung seines ÖAAB ab. Dies ermöglicht auch künftig eine solide Gesprächsbasis zur SPÖ. Ein Obmann aus dem Bauernbund oder dem eher zur FPÖ zugeneigten Wirtschaftsbund täten sich ungleich schwerer.

Wiewohl die parteipolitische Karriere der beiden Berufspolitiker in vielerlei Hinsicht deckungsgleich ist, würde die Übergabe des Landeshauptmannsessels an Christopher Drexler einen Bruch bedeuten. Er ist in vielen Belangen das komplette Gegenstück zum volksnahen, oft in Tracht auftretenden, praktizierenden Katholiken Hermann Schützenhöfer. Drexler gilt als urbaner Intellektueller und gefällt sich in der Rolle des polemisierenden Redners. Der christliche Glaube, ländliche Traditionen und Brauchtumsveranstaltungen sind ihm genauso fremd wie der Steireranzug. Doch weniger die persönlichen Ansichten Drexlers sollten der ländlichen Bevölkerung Kopfzerbrechen bereiten als vielmehr sein politisches Wirken. In der aktuellen Debatte über mögliche Spitalsschließungen in der Obersteiermark hat er mehrmals betont, dass es zu einer Reduktion der Standorte kommen werde. Es war auch Christopher Drexler, der sich angesichts der Einberufung

einer Sonderlandtags Sitzung im Vorfeld der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 in Spielfeld an der Willkommenskultur-Menschenkette um das Grazer Landhaus beteiligte. Dass er dabei händchenhaltend mit dem nunmehrigen Grünen-Klubobmann Karl Dreisiebner und SPÖ-Asyllandesrätin Doris Kampus auf Einladung der Organisation „Flüchtlinge – Willkommen in der Steiermark“ agierte, sagt viel über das ideologische Weltbild des künftigen Landeshauptmann-Kandidaten aus.

Es besteht daher die Gefahr, dass die Steiermark unter Drexler gesellschaftspolitisch nach links abdriftet, der grünen Willkommenskultur im Asylbereich Vorschub geleistet wird, die Ausdünnung des ländlichen Raumes durch Spitalsschließungen weiter zunimmt und steirische Traditionen sowie die Volkskulturarbeit zugunsten der grün-dominierten freien Szene empfindliche Abstriche machen müssen. Es liegt am Wähler, dieses Schreckensszenario zu verhindern.

FLÜCHTLINGSDRAMA

"Herz statt Hetze": Menschenkette vor dem Landhaus

500 Personen dabei: Die Plattform „Flüchtlinge - Willkommen in der Steiermark“ rief am Montag zu einer Menschenkette vor dem Landhaus.

10.51 Uhr, 07. September 2015

Rund 500 Menschen sammelten sich laut Polizeiangaben in der Herrngasse vor dem Landhaus, um vor der von der FPÖ beantragten Sondersitzung zur Asylsituation ein Zeichen zu setzen. Unter den Teilnehmern waren u.a. auch Abgeordnete und Regierungsmitglieder von SPÖ und Grünen, darunter Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer, Verkehrslandesrat Jörg Leichtfried (beide SPÖ) und Gesundheitslandesrat Christopher Drexler (ÖVP) sowie Lambert Schönleitner (Grüne).



Auch Politiker nahmen am Flashmob teil.
© Fuchs

Christopher Drexler händchenhaltend mit roten und grünen Politikern bei der Veranstaltung „Flüchtlinge – Willkommen in der Steiermark“ wenige Wochen vor dem Flüchtlingssturm 2015 in Spielfeld!

GESCHLOSSEN

Justizministerium peilt Schließung von Bezirksgerichten an!

Es passt ins Gesamtbild der ÖVP-Politik in den letzten Jahren: Der schwarze Justizminister Josef Moser ließ ein „Expertenpapier“ ausarbeiten, in dem teils mit abstrusen Argumenten die Schließung von drei steirischen Bezirksgerichten empfohlen wird. So sind beispielsweise seit Jahren nicht modernisierte Toilettenanlagen einer der angeführten Gründe im vermutlich ausschließlich von Wiener Beamten verfassten Empfehlungsschreiben an die politischen Verantwortungsträger.

Ein nicht modernisiertes WC reicht den Zentralisierungsfanatikern der Volkspartei bereits aus, um wichtige Infrastruktureinrichtungen wegzurationalisieren. Nun stehen neben einem Teil der steirischen Krankenanstalten also auch die Bezirksgerichte Schladming, Murau und Mürzzuschlag auf der schwarzen Abschussliste. Die Frage ist, weshalb die ÖVP seit Jahren einen konsequenten Feldzug gegen öffentliche Einrichtungen im ländlichen Raum führt.

Die Antwort darauf ist vermutlich einfach zu finden. Einerseits wurden unter schwarz-

roter Ägide zig Millionen für die großzügige Versorgung von Sozialtouristen aus aller Herren Länder zum Fenster hinaus geschmissen, andererseits sieht sich die ÖVP mittlerweile gerne als „moderne“, urbane Partei des bürgerlichen Städters. Durch diese zunehmend eindimensionale regionalpolitische Ausrichtung – federführend vom steirischen ÖVP-Thronfolger Christopher Drexler vorangetrieben – bleiben jedoch die Anliegen der Menschen in peripherer gelegenen Gebieten völlig auf der Strecke. Bei dieser Art der Zentralisierungs- und Schließungspolitik, die insbesondere die ÖVP mit tatkräftiger Unterstützung der SPÖ in den letzten Jahren praktiziert hat, gilt es, sich immer die Folgewirkungen vor Augen zu führen.

Die Absiedelung von öffentlichen Dienststellen, medizinischen Versorgungseinheiten und Bildungseinrichtungen entzieht den Bürgern in den betroffenen Bezirken sukzessive die Lebensgrundlage, denn in solch ausgedünnten Regionen siedeln sich mittelfristig auch keine Unternehmen mehr an. Diese Abwärtsspirale scheint den steirischen Regierungsparteien jedoch gleichgültig zu

sein. Im konkreten Fall der Bezirksgerichtsschließungen wären die Negativauswirkungen weitaus umfangreicher als vielleicht im ersten Moment gedacht. Eine Schließung des Gerichts würde für zahlreiche Menschen den „Zugang zum Recht“ massiv erschweren. So müssten Rechtsuchende in betroffenen Gerichtssprengeln künftig bis zu 60 Kilometer zum nächsten zuständigen Bezirksgericht reisen, um etwa einen Amtstag zu besuchen. Gerade für die ältere Generation sind derart lange Wege schwer zu bewerkstelligen.

Eine Verlegung der Standorte hätte auch längere Fahrtstrecken für das derzeit am jeweiligen Standort tätige Personal zur Folge. Darüber hinaus würden große zentral gelegene Immobilien aller Voraussicht nach wieder zu leerstehenden Symbolen einer verfehlten Regionalpolitik verkommen. Die FPÖ hat es sich zum Ziel gesetzt, für den Fortbestand der Bezirksgerichte, der Krankenhäuser und Schulen im ländlichen Raum zu kämpfen. Programmatisch steht bei den Freiheitlichen die Erhaltung der Infrastruktur in der gesamten Steiermark ganz oben auf der Agenda.

Mit jedem „Wirt“ verschwindet ein



GESCHLOSSEN

Leicht hatten es die Wirte eigentlich nie, erfordert der Beruf schließlich ein erhebliches Arbeitspensum, hohe Sozialkompetenz und generell starke Nerven. Nichtsdestotrotz gab es immer motivierte Menschen, die diesen Beruf mit Freude sowie Passion ausübten und damit das gesellschaftliche Leben in zahlreichen Gemeinden bereicherten. Umso erschreckender ist der Umstand, dass aufgrund zahlreicher Belastungen der heimischen Wirtshauskultur ein schleichendes Ende droht. Denn anstatt der Gastronomie durch Entlastungsmaßnahmen unter die Arme zu greifen, erfolgte unter ÖVP- und SPÖ-Führung ein Belastungspaket nach dem anderen. Angefangen bei der Registrierkas-

senpflicht über jenseitige EU-Regelungen (Stichwort „Pommes-Verordnung“) bis hin zum seit 1. November geltenden absoluten Rauchverbot wurden den Wirten alleine in den letzten Jahren zahlreiche Steine in den



Weg gelegt. So verwundert es auch wenig, dass die traditionellen Betriebsarten Gasthaus und Gasthof in den vergangenen 20 Jahren um fast die Hälfte zurückgegangen sind.

Landflucht und Bürokratie als massive Probleme

Tatsache ist, dass auch die Wirte die Abwanderung aus ländlichen Gegenden bereits seit längerem immer deutlicher spüren. Nicht nur die Gäste bleiben aus, sondern es wird auch zunehmend schwieriger, das benötigte Personal zu finden. Wenn ein Gasthaus folglich zusperren muss, begünstigt dies

Stück Kultur



wiederum die Landflucht: ein Teufelskreis. Die größte Hürde für viele Gastronomieunternehmen liegt aber wohl darin, dass diese einen enormen bürokratischen Aufwand haben. Zahlreiche Wirte klagen darüber, dass sie jeden Schritt seitenslang dokumentieren müssen. Sei es die Hitze des Wassers, mit dem die Regale gereinigt werden oder auch die Uhrzeit, wann der Techniker zum Reparieren einer defekten Kühltruhe gerufen wurde, die Wirte müssen alles exakt vermerken.

Politik muss endlich handeln

Werden nicht umgehend Entlastungs- und Deregulierungsmaßnahmen gesetzt, könnte die heimische Wirtshauskultur, wie wir sie kennen und lieben gelernt haben, bald der Vergangenheit angehören. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass auch viele Ausflugsziele gerade aufgrund der Existenz eines Gasthofes erst attraktiv werden. So wird selbst der schönste Wanderweg recht lange, wenn am Ende kein Gasthaus mit einer warmen Leberknödelsuppe oder einem schmackhaften Wienerschnitzel wartet.

Die FPÖ fordert seit Jahren massive Erleichterungen für die heimischen Gastronomen ein. Zuletzt war man die einzige Partei, die sich für einen vernünftigen Zugang zum Thema Rauchen in Lokalen eingesetzt hat. Bedauerlicherweise ist die ÖVP in dieser Frage im Liegen umgefallen. Als Resultat haben bereits mehrere gefrustete Wirte schweren Herzens das Ende ihrer gastronomischen Tätigkeiten angekündigt, zu groß werden die Einbußen beurteilt. Bleibt nur zu hoffen, dass zumindest in Fragen Bürokratieabbau und Unterstützungsangebote endlich etwas weitergebracht wird. Ansonsten drohen nicht nur unsere Wirte zu verschwinden, sondern mit ihnen auch ein Stück Kultur und Heimat.

Kommentar Christian Cramer

(FPÖ-Landtagsabgeordneter und Gastronom aus Kitzreck)



Schluss mit der Bevormundung der Wirte!

Die heimische Wirtshauskultur ist ohne Zweifel ein Teil der Stammkultur unserer Gesellschaft und gehört zu den heimischen Gepflogenheiten wie nur wenige Dinge. Bei einem Wirtshausbesuch geht es vielen Gästen nicht allein darum, Speis und Trank zu konsumieren, sondern vor allem auch um die gesellige Zusammenkunft. Fre nach dem Motto: Beim Wirt, da kann ich sein wie ich bin! Umso wichtiger ist es, dass den Gastronomiebetrieben die Freiheit gelassen wird, selbst zu entscheiden, welches Ambiente sie ihren Gästen zur Verfügung stellen wollen. Dazu gehört zweifelsohne auch die Entscheidung, ob in einem Lokal geraucht werden darf oder eben nicht. Der Wirt macht damit nichts anderes, als seinem Besucher die Möglichkeit einzuräumen, als freier Mensch eine freie Entscheidung zu treffen. Nicht mehr und nicht weniger.

Aufgrund umfassender Aufklärungskampagnen ist sich heutzutage jeder Raucher der gesundheitlichen Gefahren seines Lasters bewusst. Als Gesellschaft können und müssen wir es aushalten, dass sich zahlreiche Menschen dennoch für den Konsum von Zigaretten entscheiden. Die Politik sollte in dieser Frage vielmehr den

Zugang verfolgen, einerseits durch gezielte Maßnahmen im Bereich des Schutzes vor Passivrauch bestmöglich aktiv zu sein und andererseits die Menschen bei einer Rauchentwöhnung zu unterstützen. Diesen Ansatz verfolgte lobenswerterweise die ehemalige türkis-blaue Bundesregierung.

Die alte Regelung, wonach es eine räumliche Trennung von Raucher- und Nichtraucherbereich geben muss, hat in der Praxis sehr gut funktioniert und sowohl den Zuspruch der Gastronomie als auch der überwiegenden Anzahl der Gäste gefunden. Es ist daher bedauerlich, dass die ÖVP diesen konstruktiven Ansatz nunmehr über Bord geworfen und zusammen mit SPÖ, NEOS und JETZT ein absolutes Rauchverbot in Gaststätten beschlossen hat. Die Folge ist, dass bereits kurz danach die ersten steirischen Wirte eine ungewollte Schließung ihrer Betriebe ins Auge fassen mussten, als zu groß werden die finanziellen Einbrüche bewertet. Bleibt nur zu hoffen, dass Schwarz, Rot, Grün und Pink nunmehr am Ende ihres Feldzuges gegen die heimische Wirtshauskultur angekommen sind. Als Gastronom würde ich allerdings nicht darauf wetten.



„Steirische Elbphilharmonie“:

Landesrechnungshof wird das 100 Millionen Euro teure Kunsthaus unter die Lupe nehmen



Bereits 2002 kritisierte die FPÖ die immensen Kosten des Kunsthauses für das Land Steiermark. So sprach Leopold Schögl von einer „Villa Größenwahn“ und Gerhard Kurzmann kritisierte die „verantwortliche Verschwendung von Steuergeld“.

Die Neustrukturierung – so soll das Kunsthaus in eine gemeinnützige Gesellschaft überführt werden – sowie die bereits entstandenen Kosten von mindestens 100 Millionen Euro, die sich aus den vom Land und der Stadt Graz bezahlten Leasingentgelten sowie dem operativen Budget zusammensetzen, geben Anlass genug, die Vergangenheit aufzuarbeiten und eine neutrale Faktensammlung durch den Landesrechnungshof sicherzustellen. Ziel muss es letztlich sein, die Kosten für das Land wesentlich geringer

zu halten, immerhin sitzt die Steiermark auf einem Schuldenberg von rund fünf Milliarden Euro. Aus Sicht der Freiheitlichen bedient das Kunsthaus oftmals nur elitäre Zirkel und besitzt keinerlei gesamtsteirische Breitenwirksamkeit. Wie kommen die Regionen oder andere wichtige Kulturträger in Graz dazu, aufgrund der alljährlichen Landeszuschüsse in Millionenhöhe durch die Finger schauen zu müssen, weil kein Geld mehr da ist?

Es gilt im Rahmen der Landesrechnungshofprüfung mögliche finanzpolitische Fehlentscheidungen der Vergangenheit – der Abschluss des Leasingdeals gehört mit Sicherheit dazu – aufzuarbeiten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Zusätzlich soll die Gelegenheit ergriffen werden, das

Kunsthaus in seiner Gesamtheit zu prüfen, um angesichts der Neustrukturierung eine solide und von neutraler Seite erarbeitete Grundlage zu besitzen. Immerhin wurden die weitreichenden Beschlüsse ausschließlich in einer Sitzung der Landesregierung abgehandelt, einmal mehr vorbei am Landtag, der die Budgethoheit besitzt. In Graz hingegen wurde der Beschluss im Gemeinderat getroffen. Offenbar vertraut Landesrat Drexler den Abgeordneten des Landtags nicht mehr oder er hat andere Gründe, den Beschluss der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Interessantes Detail am Rande: Die Volkskultur selbst erhielt wohl in der gesamten Ersten und Zweiten Republik weniger finanzielle Mittel, als bisher in lediglich 16 Jahren in das Kunsthaus investiert wurden.

KULTURFORUM STEIERMARK UNTERWEGS



Der Vorsitzende des Kulturforums Dr. Gerhard Kurzmann beim Konzert des russischen Kammerorchesters „Klassika“ in Schladming. v.l.n.r.: Die Solisten Carola Krebs, Eva Moser und Philipp Scheucher mit Gerhard Kurzmann.



Gerhard Kurzmann und Ass.-Prof. Dr. Reinhard Farkas im Glockenturm am Schlossberg anlässlich der Veranstaltung „Die militärische und kulturelle Bedeutung des Grazer Schlossberges am Beispiel von Denkmälern“.



Univ.-Doz. Dr. Martin Moll referierte zum Thema „Der Friedenvertrag von 1919 & die neue Südgrenze der Steiermark“.



Steirische Asylanten- und SPÖ-Vertuschungslandesrätin Doris Kampus schützt Gewalttäter in Asylheimen!

Vor kurzem wurde bekannt, dass sich alleine im Zeitraum von Jänner bis Juli 2019 in 80 Asyleinrichtungen des Landes Tirol mehr als 600 gravierende Vorfälle mit 110 Hausverboten zugetragen haben. Ähnliche Zustände sind auch in der Grünen Mark zu befürchten.

Die für das Asylwesen zuständige Landesrätin Doris Kampus verweigerte nämlich bisher bei schriftlichen Anfragen jegliche Auskünfte zu Vorfällen in steirischen Asylheimen. Auch zuletzt im September und im Oktober blieb Kampus bei ihrer Linie und enthielt der FPÖ im Rahmen der Landtags-sitzungen einmal mehr die geforderten Antworten vor und verhöhnte damit das parlamentarische Interpellationsrecht.

Es ist völlig unverständlich, dass Zahlen zu Vorfällen, die nachweislich vorliegen, aus politischem Kalkül unter Verschluss gehalten werden. Der schamlose Bruch der Landesverfassung scheint aber nach der derzeitigen Gesetzeslage straffrei zu bleiben. Auch die Beschwerde der FPÖ bei der Landtagspräsidentin und Kampus-Genossin Gabriele Kolar hat nichts bewirkt. Der Konflikt um die Zahlen hat auch zu zwei Ordnungsrufen für

die FPÖ geführt, denn FPÖ-Landesparteiobermann Mario Kunasek nannte dieses Vorgehen „eine parlamentarische Sauerei“. Stefan Hermann nahm Bezug auf die gewalttätigen Asylanten und konstatierte, dass „mit diesen abzufahren sei“. Die Ordnungsrufe nahm die FPÖ in diesem Fall als Auszeichnung wohlwollend zur Kenntnis.

Offenbar hat Doris Kampus einiges zu verbergen, denn anders ist die konsequente Missachtung des Interpellationsrechts nicht zu erklären. Aufgrund der generell prekären Sicherheitslage in und rund um Asylunterkünften hat die Bevölkerung ein Recht auf Informationen. Anstatt gewaltbereite Fremde durch Schweigen zu schützen, sollte Landesrätin Kampus endlich ihre Verantwortung gegenüber der heimischen Bevölkerung leben. Sollte die FPÖ in Regierungsverantwortung kommen, so kann sich Kampus

vergewissert sein, dass einer der ersten Schritte eine Transparenzoffensive sein wird, wo sämtliche Vertuschungsaktionen aufgearbeitet und der steirischen Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Gewalttaten von Asylwerbern fordert die FPÖ nun eine „Gefährdungsklassifizierung“ von Asylwerbern nach Vorbild der Justizwache. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass psychisch kranke Gewaltverbrecher ungehindert und ungeprüft unter dem Deckmantel des Asyls in steirischen Flüchtlingsheimen untergebracht werden. Jeder Grundwehrdiener wird hierzulande einer umfassenden psychologischen Testung unterzogen, bei Zuwanderern aus Ländern, wo oftmals Scharia, Gewalt und Frauenfeindlichkeit zum guten Ton gehören, steckt man hingegen den Kopf in den Sand.

FPÖ Steiermark und FPÖ Kärnten starteten Petition gegen AKW Krško!



Foto von der Pressekonferenz (v.l.n.r.): FPÖ-Umweltsprecher NAbg. Walter Rauch, Landesparteiobmann LAbg. Mario Kunasek und Landesparteiobmann LAbg. Gernot Darmann.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz in Straß in der Steiermark nahe des Grenzüberganges Spielfeld stellten der Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark Klubobmann Mario Kunasek, der Kärntner FPÖ-Chef Klubobmann Mag. Gernot Darmann sowie FPÖ-Umweltsprecher NAbg. Walter Rauch eine gemeinsame Petition der FPÖ Steiermark und der FPÖ Kärnten gegen das AKW Krško vor. In dieser wird ein Ausbaustopp und die Schließung des Atomkraftwerks gefordert sowie die Forcierung erneuerbarer Energieformen.

Anlass für die Petition ist das Ansinnen Sloweniens, das völlig veraltete Kernkraftwerk trotz aller Expertenwarnungen ausbauen zu wollen. Zudem wird eine Laufzeitverlängerung des Uralt-Kraftwerks bis 2043 angedacht, was angesichts der Tatsache, dass das AKW inmitten einer Erdbebenlinie gebaut wurde, so rasch wie möglich unterbunden werden muss. Denn ein Erdbeben könnte zu einer Katastrophe führen, die auch hierzulande massivste Auswirkungen hätte. Immerhin ist das Kraftwerk nur rund 70 Kilometer von Österreich entfernt.

Mit dieser Petition, die bis Jahresende zur Unterschrift aufliegt, wollen die Freiheitlichen den Druck auf Slowenien und die EU erhöhen, damit von diesen verantwortungslosen Plänen Abstand genommen wird. Die gesammelten Unterschriften werden dann der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel übergeben.



Klimahysterie muss e

Abgesehen von den Freiheitlichen versuchen derzeit sämtliche politischen Kräfte im steirischen Landtag auf der Klimahysteriewelle mitzureiten. Es steht zwar außer Frage, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen stets im Fokus einer nachhaltigen Politik stehen muss. Die Ausrufung eines Klimanotstandes und das Befeuern einer Klimahysterie, wie es derzeit von Teilen des politischen Spektrums betrieben wird, kann uns in Bezug auf den Klimawandel jedoch in keiner Weise weiterbringen. Vielmehr bedroht die rot-grüne Klimapanikmache mit zum Teil wahnwitzigen Forderungen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes, wie insbesondere der Einführung weiterer Steuern, den heimischen Wirtschaftsstandort und damit tausende Arbeitsplätze.

Wenn sich die ehemals staatstragende SPÖ mit den grünen Ökofundamentalisten in einen inhaltlichen Wettstreit der Unvernunft

Sagen auch Sie „Nein“ zu Atomkraft in Europa und unterschreiben Sie unter

www.fpoe-stmk.at/kampagnen/petition-nein-zum-atomkraftwerk-krsko/



ndlich ein Ende finden!

begeben möchte, dann ist das ihre Sache – die FPÖ wird bei diesen höchst fragwürdigen Weltuntergangsdiskussionen jedenfalls nicht mitmachen. Alle politischen Kräfte sind aufgefordert, zu einer seriösen Umwelt- und Klimapolitik zurückzukehren. Tatsächliche und realistische umweltpolitische und klimaschützende Maßnahmen, die Österreich und die Steiermark setzen können, liegen beispielsweise im umfangreichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen Attraktivierung für Pendler.

Diesem Credo folgend wurde etwa vom ehemaligen FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer eine Nahverkehrsmilliarde für die tatsächliche Stärkung des öffentlichen Verkehrs ausverhandelt. Die FPÖ setzt sich außerdem für einen Ausbau bzw. die bestmögliche Nutzung heimischer erneuerbarer Energiequellen, insbesondere von Wasserkraft, wie zum Beispiel beim Murkraftwerk in Graz, ein.



Freiheitliche Jugend im Wahlkampf aktiv!

Der RFJ Steiermark geht Seite an Seite mit Spitzenkandidat Mario Kunasek in den Wahlkampf – Jugendthemen durchwegs präsent.

Sei es die Forderung nach leistbarem Wohnraum für Jungfamilien oder die Einführung der Teilzeitlehre – die FPÖ hat seit Jahren ein offenes Ohr für die Anliegen der Jugend. Dies sieht auch Michael Wagner, Landesobmann des RFJ Steiermark, so. Bei der erweiterten Landesvorstandssitzung des Rings Freiheitlicher Jugend, die gemeinsam mit Landes Spitzenkandidat Mario Kunasek und Landespartei sekretär Stefan Hermann stattfand, unterstrich Wagner die gute Positionierung des RFJ und dessen Forderungen im Wahlkampf.

Gemeinsam mit der FPÖ Steiermark wurde ein Themenflyer erarbeitet, der die derzeitigen Probleme der Jugend in unserem Land thematisiert und auf Verbesserungsvorschläge für die Zukunft eingeht. Der Folder des RFJ steht unter dem Titel „Deine Heimat – Deine Zukunft“ und behandelt elf Themenfelder unterschiedlichster Natur. Angefangen vom Schulfach „Heimatkunde“ an Volksschulen, dessen Wiedereinführung angestrebt



RFJ-Landesobmann Michael Wagner steht zu einhundert Prozent hinter Mario Kunasek.

wird, bis hin zum Ausbau der finanziellen Unterstützung von Studenten und der regelmäßigen Abhaltung von Jugendlandtagen sind die Forderungen inhaltlich weit gestreut. RFJ-Landesobmann Wagner ist sich sicher, dass mit Mario Kunasek an der Spitze der steirischen Wahlbewegung sichergestellt ist, dass diese Themen auch den Landtag erreichen und endlich Verbesserungen vorgenommen werden. Daneben wird der RFJ Steiermark natürlich bei den diversen Kundgebungen vertreten sein und an den Wahlkampfständen Unterstützung leisten. Der RFJ wird sich im ganzen Bundesland dafür einsetzen, dass die Stimme der Freiheitlichen so stark wird, dass sie gehört werden muss und damit auch Jugendanliegen endlich den Platz bekommen, den sie verdienen!

Asylanten-Familie greift fürs Nichtstun rund 2.700 Euro netto pro Monat ab!

Ist das die Gerechtigkeit und Fairness von ÖVP und SPÖ?



Einkommen einer asylberechtigten, arbeitslosen Familie (5 Personen):

- Familie ist seit acht Monaten in Österreich, positiver und rechtskräftiger Asylbescheid vorhanden
- Vater und Mutter arbeitslos, beziehen Mindestsicherung
- Drei Kinder (3, 6 und 9 Jahre alt)

MONATLICHE EINNAHMEN:

+ Mindestsicherung Vater ¹	664,11 €
+ Mindestsicherung Mutter ¹	664,11 €
+ Mindestsicherung für 3 Kinder ¹	478,17 €
+ Familienbeihilfe für 3 Kinder ²	593,10 €
+ Wohnunterstützung ³	214,50 €

Regelmonat Familieneinkommen 2.613,99 €

Sonderzahlungen

+ Urlaubsgeld Mindestsicherung ¹	478,17 €
+ Weihnachtsgeld Mindestsicherung ¹	478,17 €

= Aliquote monatliche Zahlung von 79,70 €

Mon. Asylanten-Familieneinkommen 2.693,69 €

MONATLICHE ABGABEN:

- Sozialversicherungsbeitrag	0,00 €
- Lohnsteuer	0,00 €
- Pensionsversicherungsbeitrag	0,00 €
- Wohnbauförderungsbeitrag	0,00 €
- Kammerumlage (AK, WK etc.)	0,00 €

Summe Abgaben & Steuern 0,00 €

Weitere Begünstigungen:

- Rezeptgebührenbefreiung ⁴
- ORF GIS-Gebührenbefreiung ⁵
- Befreiung von der Ökostrompauschale ⁵
- Zuschussleistung zu den Fernsprechentgelten ⁵

Ins Sozialsystem eingezahlt:

0,00 €

Monatliches Asylanten-Familieneinkommen

2.693,69 €

Jährliches Asylanten-Familieneinkommen

32.324,28 €

Obwohl die Asylanten-Familie keinen einzigen Cent in das heimische Sozialsystem eingezahlt hat, kassiert sie rund 2.700 Euro netto pro Monat. Es ist nicht hinzunehmen, dass Fremde die gleichen Unterstützungsleistungen wie Steirer bekommen, die oftmals jahrzehntelang gearbeitet, Steuern gezahlt und damit erst den Sozialstaat ermöglicht haben. Das österreichische Sozialsystem wurde für die in Not geratene heimische Bevölkerung geschaffen und nicht, um Zuwanderer und vermeintliche Flüchtlinge aus aller Herren Länder in die soziale Hängematte zu betten.

Dieses System möchten ÖVP und SPÖ mit „Sozial“-Landesrätin Doris Kampus aufrechterhalten. Sie weigern sich, die neue Sozialhilfe, die auf Bundesebene unter Federführung der FPÖ beschlossen wurde, in der Steiermark umzusetzen. Damit gibt es für den hart arbeitenden Steirer weiterhin keine Fairness.

¹ Die Mindestsicherung der Eltern wird 12-mal, jene der Kinder 14-mal im Jahr ausbezahlt, Quelle: Stmk. Mindestsicherungsgesetz § 10, Stmk. Mindestsicherungsgesetz-Durchführungsverordnung vom 13. Dezember 2018 und Land Steiermark: <http://www.soziales.steiermark.at/cms/ziel/108519437/DE>.

² Familienbeihilfe gemäß den Richtwerten des Familienlastenausgleichsgesetzes, Quelle: Familienlastenausgleichsgesetz 1967 § 8.

³ Folder des Landes Steiermark, Quelle: http://www.soziales.steiermark.at/cms/dokumente/10363956_5361/2e6668e1/Info_Wohnunterst%C3%BCtzung_Verst%C3%A4ndlich_2019.pdf und Wohnunterstützungrechner des Landes Steiermark, Quelle: https://egov.stmk.gv.at/at.gv.stmk.wbf_wbr-p/web/index.xhtml?jsessionid=ccDd2fRmvHzGbluFHw0Zjip?dswid=9352.

⁴ Broschüre der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse Jänner 2019, Quelle: <https://www.stgkk.at/cdscontent/load?contentid=10008.667244>.

⁵ GIS Gebühren Info Service GmbH, Fragen zur Befreiung, Quelle: <https://www.gis.at/faq/befreiungzuschuss>.